



Bundesrat: 13 Gesetze gebilligt

Grünes Licht aus den Ländern: der Bundesrat billigte am 5. Juni 2020 abschließend zahlreiche Gesetze – unter anderem zur Verteilung der [Maklerkosten](#) bei Immobilienverkäufen, zum Verbot von [Konversionsbehandlungen](#), zur Strafbarkeit der Verunglimpfung von [EU-Symbolen](#), zur Durchsetzung des europäischen Verbraucherschutzes und zum Ausbau von [Radwegen](#) an Bundesstraßen und Autobahnbrücken.

Im Eilverfahren abgeschlossen wurden zudem Gesetzgebungsverfahren zu [Steuerhilfen](#) in der Corona-Krise, zum Bundeswahlgesetz und zum Gewässerschutz im Wasserhaushaltsgesetz. Auch dem Vermittlungsergebnis zum [Geologiedatengesetz](#) stimmte der Bundesrat zu.

Hilfen für die Kultur

Mit eigenen Vorschlägen setzt sich der Bundesrat für Corona-Hilfen für [Kulturschaffende](#), höhere [Zuverdienstmöglichkeiten](#) für Hartz-IV-Empfänger, tierschutzgerechtere [Weideschlachtungen](#) und Umweltschutz bei silikonverarbeitenden Betrieben ein.

Corona-Folgen für die Kommunen

Neu vorgestellt wurden Vorschläge aus den Ländern – es geht um die Abmilderung der Corona-Folgen für kommunale Haushalte und Betriebe, Videokonferenztechnik in gerichtlichen Verfahren, Versuche zur kontrollierten Cannabis-Abgabe, Rahmenbedingungen für das Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz, Sicherheit im Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr, Ausbau von Windkraftanlagen sowie die Digitalisierung der Energiewende.

Gutscheinlösung bei Pauschalreisen

Der Bundesrat nahm Stellung zu Gesetzentwürfen der Bundesregierung, bevor diese im Bundestag beraten werden: Pläne zur Gutscheinlösung für abgesagte [Pauschalreisen](#), zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht und internationalen Rechtshilfe in Strafsachen. Er äußerte sich auch zum geplanten Europäischen Klimagesetz, der neuen Industriestrategie für Europa, Anpassungen infolge der COVID-19-Pandemie sowie zum europäischen Kurzarbeiterprogramm SURE.

Zustimmung zur Rentenerhöhung

Der Bundesrat stimmte der [Rentenerhöhung](#) zum 1. Juli und Anpassungen der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung zu, ebenso der 2. Schengen-COVID-19-Verordnung.

Kastenstand-Verordnung abgesetzt

Keine Entscheidung fiel zur so genannten [Kastenstandverordnung](#) – sie wurde nochmals von der Tagesordnung abgesetzt.

Quelle: Bundesrat, Sitzung vom 05.06.2020